

tenmarkt mit dieser Reform in die richtige Richtung. Die Benennung von 37 Institutionen, die private Pensionsfonds gründen dürfen, durch das Arbeitsministerium hat den Aktienmarkt Anfang August positiv stimuliert. Es wird erwartet, dass die institutionellen Investoren im Rahmen langfristiger Anlagestrategien eine positive Wirkung auf die Aktienmarktentwicklung haben werden. (XNA, 2.8.05; WSJ, 5.8., 23.8., 24.8.05; HB, 13.9.05; IHT, 25.8.05; „Regulator Details State Share Reform“, 6.9.05, www.china.org.cn; „State Assets Supervisor Stands 'Active' in Share Reform“, 29.9.2005, www.china.org.cn; „Speech bei Shang Fulin, chairman of the CSRC“, ohne Datum, <http://www.china.org.cn/news/news050627.htm>)

39 Börsengang der CCB im Oktober

Als erste der vier großen Staatsbanken wird die China Construction Bank (CCB) im Oktober d.J. an die Hongkonger Börse gehen. Geplant ist eine Aktienemission mit einem Volumen von rd. 6 Mrd. US\$. Der Wert der Aktie ist auf das Ein- einhalbfache des Buchwertes festgelegt worden. Dieser günstige Preis soll die Nachfrage stimulieren und sicherstellen, dass der Börsengang ein Erfolg wird. Die CCB-Aktie wird voraussichtlich 1,52 HK\$ pro Stück kosten. Als erster Handelstag ist der 28.10.05 vorgesehen. Wie hoch der Anteil der frei gehandelten Aktien sein wird, ist noch nicht klar. Der Mindestanteil, der gesetzlich vorgeschrieben ist, muss 15% betragen.

Als ausländischer Investor wird die Bank of America einen Anteil von 9% bzw. 2,5 Mrd. US\$ übernehmen. Die US-Bank hat sich außerdem die Option gesichert, bis 2010 den Anteil auf 19,9% zu erhöhen. Als weiterer Großinvestor gilt die singapurische staatliche Investmentbank Temsaek Holdings, die Aktien im Wert von 2,5 Mrd. US\$ übernehmen wird. Am Börsengang sind die Finanzinstitute Credit Suisse First Boston Corp. (Schweiz) und Morgan Stanley beteiligt. Weiter-

hin begleitet die größte Investmentbank Chinas, die China International Capital Corp., an der Morgan Stanley einen Anteil von 34,4% besitzt, den Börsengang.

Die CCB wird als beste der vier Staatsbanken angesehen. Dies geht auch aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Fitch Ratingagentur hervor. Nach wie vor haben die staatseigenen Geschäftsbanken dem Bericht zufolge angesichts der enormen Risiken noch eine zu geringe Kapitaldecke sowie Defizite in der Risikokontrolle und Unternehmensführung.

Am 22.9.05 gab die Hongkonger Börsenaufsicht „grünes Licht“ für die Notierung der CCB. Nach einer Anhörung genehmigte die Börsenaufsicht den Antrag auf Erstemission der Bank in Hongkong. (FAZ, 24.9.05; WSJ, 14.9.05; ST Interactive, 23.9.05)

SVR Hongkong

Günter Schucher / Katrin Willmann

40 Neuer Abschnitt in der schwierigen Beziehung zwischen Hongkong und der Zentralregierung?

Vom 10. bis 12. September 2005 stattete Zeng Qinghong, stellvertretender Staatspräsident und Leiter der ZK-Führungsgruppe zur Koordination der Hongkong- und Macaupolitik der parteistaatlichen Führung, der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong einen offiziellen Besuch ab. Anlass seiner Reise war neben der Einweihung des ersten Disney Parks in der VR China und Gesprächen mit dem neu gewählten Regierungschef (*Chief Executive*), Donald Tsang (vgl. C.a., 2005/4, S. 37-40), auch eine Zusammenkunft mit allen Abgeordneten des Hongkonger Parlaments, der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo).

Ebenso wie die Einladung aller 60 Abgeordneter des Hongkonger

LegCo zu einem Besuch in der angrenzenden südchinesischen Provinz Guangdong Ende September 2005 (siehe Dok unten), markierte auch dieses Ereignis eine weitere Etappe im langwierigen Prozess der Verbesserung der Beziehung zwischen der Zentralregierung in Beijing und der SVR Hongkong. So besuchte damit erstmals seit den Massenprotesten im Juli 2003 und der Amtsübernahme Donald Tsangs als *Chief Executive* im Juni 2005 ein hochrangiger Vertreter der Zentralregierung die SVR. Für Zeng Qinghong war es der erste Besuch seitdem er die beiden Ämter bekleidet. Gleichzeitig waren erstmals alle 60 Abgeordnete des LegCo, somit auch die Vertreter des prodemokratischen bzw. Beijing-kritischen Parteienlagers, zu einem gemeinsamen Bankett eingeladen.

Einerseits deutet diese Geste auf einen weniger konfrontativen und vielmehr integrativen Kurs der parteistaatlichen Führung gegenüber allen Parteienlagern in der Hongkonger Legislativversammlung hin. Andererseits beklagten die prodemokratischen Abgeordneten, keine Gelegenheit zum direkten Gespräch mit dem Vizepräsidenten gehabt zu haben. Hongkonger Medien berichteten davon, dass Zeng Qinghong die anwesenden Demokraten und ihren kurz vor dem Bankett in den Medien veröffentlichten offenen Brief weitgehend ignorierte. In dem Schreiben baten die Verfasser um ein faires Verfahren für den seit April d.J. wegen des Vorwurfs der Spionage inhaftierten Ching Cheong, der in Hongkong als Korrespondent der in Singapur erscheinenden *Straits Times* tätig ist (vgl. C.a., 4/2005, Dok 16; 3/2005, Dok 17). Zudem ersuchten sie die Zentralregierung, ihre Entscheidung gegen die Einführung allgemeiner und direkter Wahlen des *Chief Executive* und des LegCo 2007/08 zu revidieren.

Für den neuen Hongkonger *Chief Executive*, Donald Tsang, verlief der Besuch durchweg positiv. Wurde die Amtsführung seines Vorgängers noch im Dezember 2004 von Staats- und Parteichef Hu Jintao öffentlich gerügt (vgl. C.a., 2004/12, Ü 27),

so ließ Zeng Qinghong bei seinem Besuch keinen Zweifel an dem Vertrauen und den Hoffnungen aufkommen, die die Zentralregierung nun in Donald Tsang legt. Besondere Bedeutung scheint dabei der Harmonie zwischen beiden Seiten und innerhalb der gesellschaftlichen Strömungen in Hongkong zugekommen zu sein. Während seiner zehninütigen Rede zur Eröffnung des Banketts gebrauchte Zeng Qinghong Worte wie „Harmonie“, „soziale Harmonie“ und „harmonisches Hongkong“ auffallend häufig und riet dazu, eine gemeinsame Basis zu suchen und Differenzen beizulegen.

Ohne Zweifel an seiner Loyalität zur parteistaatlichen Führung aufkommen zu lassen, nutzte Donald Tsang seinerseits die Gelegenheit, um an prominenter Stelle, sein Engagement für eine Integration aller politischen Parteienlager und gesellschaftlichen Strömungen in der SVR hervorzuheben. So setzte er entgegen, dass soziale Harmonie gerade trotz der unterschiedlichen politischen Meinungen in Hongkong erreicht werden könnte und sprach den Demokraten zu, ebenfalls von patriotischen Gefühlen zum Vaterland und zu Hongkong geleitet zu sein. Gerade diesen Patriotismus hatte die Zentralregierung dem prodemokratischen Parteienlager im Vorfeld der Wahl zur Legislativversammlung im September 2004 abgesprochen (vgl. C.a., 2004/2, Ü 28). (XNA, 3.9.05; Xinhua, 11.9.05, nach BBC PF, 13.9.05; FAZ, 8.9.05; DGB, 10., 13.9.05, nach BBC PF, 12., 14.9.05; SCMP, 10., 13., 15.9.05; *The Economist*, 17.9.05; ST, 12.9.05; Hong Kong government website, 11.9.05, nach BBC PF, 13.9.05) -kw-

41 Erstmals Einreiseverbot für Beijing-kritische Demokraten aufgehoben

Auf Einladung der chinesischen Zentralregierung reisten vom 25. bis 26. September 59 der insgesamt 60 Abgeordneten der Hongkonger Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) (eine Abgeordnete konnte nicht teilnehmen) zu einem

Besuch in die benachbarte südchinesische Provinz Guangdong. Einzelnen prodemokratischen Abgeordneten war es zwar bereits zuvor gestattet worden, das Festland z.B. anlässlich der Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag im Oktober 2004 (vgl. C.a., 2004/9, Ü 27) zu bereisen. Nun konnten jedoch erstmals seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 alle regierungskritischen Parlamentarier des demokratischen Parteienlagers gemeinsam das chinesische Festland betreten.

Prodemokratischen Kritikern der gewaltsamen Demokratieniederschlagung von 1989 war seither die Einreise auf das Festland untersagt worden. Im Zuge der jüngsten Einladung wurde dieses Verbot aufgehoben; allerdings vorerst nur einmalig im Rahmen dieses offiziellen Besuchs auf Provinzebene. Für einige Abgeordnete, wie z.B. den Mitbegründer der Democratic Party, Martin Lee, hatte diese Erlaubnis durchaus eine historische Dimension. Hongkonger Quellen zufolge soll die Einladung auf Betreiben des Regierungschefs Donald Tsangs ausgesprochen worden sein, der damit erneut sein Engagement für die Kooperation mit allen politischen Parteienlagern und für eine Verbesserung der Beziehung zwischen der parteistaatlichen Führung und Hongkonger Demokraten Nachdruck verliehen haben dürfte.

Zu den Reisezielen im Perlfussdelta zählten Städte wie Shenzhen, Dongguan, Zhongshan und Guangzhou. Die Abgeordneten besichtigten in den zwei Tagen 15 Sehenswürdigkeiten. Die Gelegenheit zu Gesprächen mit hochrangigen Politikern vom dem Festland war aber nur einmal mit dem Parteisekretär der Provinz Guangdong und Politbüromitglied, Zhang Dejiang, und dem Provinzgouverneur Huang Huahua gegeben. Deshalb wurde der Besuch als vorrangig touristisch kritisiert. Insbesondere die prodemokratischen Abgeordneten hatten sich eine größere Plattform für Diskussionen über wirtschaftliche und politische (Reiz-)Themen erhofft.

Prodemokratische Abgeordnete des LegCo nutzten trotzdem die seltene Gelegenheit, gegenüber festländischen Politikern kritische Themen anzusprechen. So führte die Bitte, die Reisebeschränkungen für einige Beijing-Kritiker aufzuheben, zur Konfrontation mit den zentralchinesischen Politikern. Diese wiesen eine Diskussion über eine mögliche Aufhebung als völlig unakzeptabel ab und betonten gleichzeitig die Richtigkeit der damaligen Entscheidung. Nach Meinung des Parteisekretärs Zhang spiegelte die kritische Meinung einiger weniger Abgeordneter des Hongkonger LegCo nicht diejenige der Hongkonger Bürger wider, so der Bericht eines prodemokratischen Delegationsteilnehmers über das Gespräch. Die Forderung nach einer Reform des Hongkonger Wahlsystems hin zu allgemeinen und direkten Wahlen des Regierungschefs (*Chief Executive*) und des LegCo wurde ebenfalls als unangebracht zurückgewiesen.

Sowohl von prodemokratischen Vertretern als auch von *Chief Executive* Donald Tsang selbst, wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass derlei direkte Kommunikationswege mit hochrangigen festländischen Politikern trotz der deutlich unterschiedlichen Ansichten zu einigen Themen auch in Zukunft aufrechterhalten werden. Mittels Kommunikation könne das Vertrauensverhältnis zwischen der Zentralregierung und den Hongkonger Demokraten gestärkt werden, denn der Weg zur Versöhnung zwischen beiden Seiten sei eine Reise von mehreren tausend Meilen, so Donald Tsang.

Diese jüngste Einreisegenehmigung selbst radikaler Regimekritiker wie Leung Kwok-hung und die Einladung aller prodemokratischer Abgeordneter zum Bankett anlässlich des Besuchs des Politbüromitglieds Zeng Qinghong Anfang September scheinen auf eine Annäherung beider Fronten zu deuten (siehe Dok oben). Nichtsdestoweniger kann vermutet werden, dass die Zentralregierung anstatt eine reelle Reform des Wahlsystems einzuleiten und damit mehr Demokratie zuzulassen,

wie es seit langem in der SVR gefordert wird, und anstatt die Einreisebeschränkungen für Regierungskritiker langfristig zu lockern, eher bemüht ist, die erhitzten Gemüter mit solch kleinen Gesten zu besänftigen. (*The New York Times*, 30.8.05; ST, 31.8., 26.9.05; SCMP, 25., 26.9.05; *The Economist*, 1.10.05) -kw-

42 Erwartungen an Donald Tsangs Amtsführung

Mit Spannung erwartet die Hongkonger Öffentlichkeit die Regierungserklärung des neuen Regierungschefs (*Chief Executive*) Donald Tsang, die am 12. Oktober verlautbart werden soll. Tsang hatte nach seiner Amtseinführung im Juni 2005 angekündigt, die Regierungserklärung wieder im Oktober zu Beginn der neuen Legislaturperiode abhalten zu wollen. Sein Amtsvorgänger Tung Chee-hwa hatte seine Ansprache seit 2003 auf den Januar des Folgejahres verschoben (vgl. C.a., 4/2005, S. 37-40).

Im Berichtszeitraum August bis September 2005 mehrten sich bereits Spekulationen über den möglichen Inhalt in den Hongkonger Medien. Von allen im Hongkonger Parlament, der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo), vertretenen Parteien wurden konkrete Forderungen an die Amtszeit Donald Tsangs formuliert. Viel Raum nahm dabei die Diskussion über eine Reformierung des Wahlrechts für die Wahl des Regierungschefs und der Legislativversammlung, ein. Nachdem die Hongkonger Regierung unter Tung Chee-hwa im Frühjahr 2004 eine Taskforce für konstitutionelle Entwicklung unter dem damaligen *Chief Secretary* Donald Tsang eingesetzt hatte, wird nun vom neuen *Chief Secretary* Rafael Hui nach mehreren öffentlichen Konsultationsperioden ein endgültiger Plan für eine konstitutionelle Reform erwartet. Ursprünglich war vorgesehen, den fünften Bericht der Taskforce bereits Mitte 2005 zu veröffentlichen (vgl. C.a., 2004/10, Ü 35). Der Rücktritt Tung Chee-hwas als Regierungschef und die Amtsübernahme durch seinen früheren

Stellvertreter Donald Tsang machten jedoch eine Verschiebung auf September d.J. notwendig. Dieser Termin wurde nun um ein weiteres Mal auf Oktober 2005 verschoben. Damit dürfte die Bekanntgabe mit der Regierungsansprache zusammenfallen.

Unterdessen wurden in den Hongkonger Medien mögliche Wahlrechtsmodifikationen erörtert, nachdem Einzelheiten des Entwurfs in Parlamentskreisen kursierten. Eine offizielle Bestätigung steht indes noch aus. Einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Ming Pao* zufolge, wird z.B. über Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs bei der Wahl des *Chief Executive* nachgedacht. So könnte die Anzahl der benötigten Nominierungen, die Voraussetzung für eine Zulassung zur eigentlichen Wahl ist, verringert und die Zahl der Nominierungen, die ein Kandidat erreichen könnte, geheim gehalten werden. „Wahlen“ zum Regierungschef, wie die Tung Chee-hwas und Donald Tsangs, würden somit verhindert: Beide traten ihr Amt ohne eigentlichen Wahlvorgang an, weil im Nominierungsverfahren kein Gegenkandidat ausreichend Stimmen erhalten hatte.

Die Tageszeitung *South China Morning Post* berichtete, dass die Zahl der Sitze im LegCo für die nächste Wahl 2008 um 10 weitere von jetzt 60 auf 70 erhöht werden soll. Dabei würde die Anzahl der Sitze der Wahlbezirke (*geographical constituencies*) und branchenbezogenen und berufsständischen Wahlkollegien (*functional constituencies*) um jeweils fünf Sitze erweitert. Die fünf neu geschaffenen Sitze für die Wahlkollegien sollen den 529 Mitgliedern der Bezirksräte (*District Councils*) vorbehalten sein. Das bislang 800-köpfige Wahlkomitee zur Wahl des Regierungschefs soll ebenfalls erweitert werden. Dem vorgesehenen 1.600-köpfigen Wahlkomitee würden gemäß dem Zeitungsbericht dann alle Bezirksräte angehören.

Zwar bleibt die offizielle Veröffentlichung des Plans zur Wahlrechtsreform abzuwarten, die beiden politischen Parteienlager diskutierten die

kursierenden Vorschläge aber bereits kontrovers. Die größte Hürde zur Umsetzung des Plans von *Chief Secretary* Hui dürfte daher die notwendige Zweidrittelmehrheit in der Legislativversammlung sein. (MB website, 6.8.05, nach BBC PF 7.8.05; SCMP 28., 29.8., 22., 24., 30.9.05; Hong Kong SAR government website, 11.9.05, nach BBC PF 13.9.05; ST, 23.9.05) -kw-

43 Mehr Effizienz im öffentlichen Dienst gefordert

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes (*civil service*) in Hongkong genießen nach wie vor die gleichen Privilegien wie zur Zeit der britischen Verwaltung. Sie können mit öffentlichen Mitteln ihre Kinder im Ausland studieren lassen und erhalten Wohnungs- sowie andere Zulagen. Im *Basic Law* wurde ihnen zugesichert, dass dies auch nach der Übernahme durch die VR China 1997 weiter gelten würde.

Die Kosten für diese Vergünstigungen, die zunehmend als „out of place“ kritisiert werden, da Hongkong keine Kolonie mehr sei, sind in den letzten Jahren weiter gestiegen. So musste die Regierung im Fiskaljahr 2004-05 für die Auslands-erziehung von 5.983 Kindern von 5.127 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt 619,1 Mio. HK\$ aufbringen, 10.477 HK\$ pro Kind. 16.733 weitere Beamte erhielten 284 Mio. HK\$ für die Ausbildung von 20.304 Kindern in Hongkong selbst, 13.987 HK\$ pro Kind. Diese Kosten dürften auch in den nächsten 20-30 Jahren nicht geringer werden, denn erstens ist die Mehrheit der Beamten, jeweils 121.843 bzw. 151.924 für Ausbildung im Ausland bzw. in Hongkong, berechtigt, Unterstützung zu erhalten, und zweitens dürften angesichts der beklagten abnehmenden Qualität der lokalen Schulen auch keine von ihrem Anspruch auf Auslandsbildung Abstand nehmen. Die Wohnungszulagen machen den größten Teil des Zulagenbudgets in Höhe von 4 Mrd. HK\$ pro Jahr aus.

Vor diesem Hintergrund versucht der neue Regierungschef Donald Tsang seit seinem Amtsantritt, den öffentlichen Dienst zu effektivieren und Kosten zu reduzieren. Ein Gerichtsurteil hat ihn dabei insofern unterstützt, dass das *Basic Law* zwar gilt, aber damit nicht alle Privilegien festgeschrieben sind. So gab es in den letzten Monaten nicht nur Anweisungen, die Kleiderordnung zu verbessern, Zuständigkeiten klarer zu definieren und Korruption zu unterbinden, sondern auch Lohnkürzungen und Bestrebungen, die Zahl der Beamten zu reduzieren.

Die Gehälter wurden bereits 2002 um 1,58-4,42% gekürzt, Anfang 2005 erneut um 3%. Diese beiden Kürzungen wurden im Juli von obersten Revisionsgericht für rechtens erklärt. Damit wurden auch weitere Reformschritte möglich. Nachdem die Zahl der Beamten seit 1999 bereits von 198.000 auf 164.600 (Juni 2005) abgenommen hat, ist jetzt eine weitere Reduzierung auf 160.000 bis 2006-07 geplant. Das Ganze läuft unter dem Motto „Enhancing Efficiency through Rewarding Good Performers and Retiring Poor Ones“, wie der Minister für den Öffentlichen Dienst Joseph Wong in einem Brief schrieb.

Insgesamt werden die Lohnkürzungen und die künftige Einschränkung der Zulagen allerdings von der lokalen Presse als gering betrachtet: Im laufenden Jahr gehe es gerade um weniger als 2%, über die nächsten fünf Jahre um weniger als 3% Einsparung. Der Regierung fehle nach der gelaufenen juristischen Auseinandersetzung der Mut zu weiteren Konflikten und außerdem müsse sich Tsang in nicht weniger als zwei Jahren einer Neuwahl stellen und könne die Moral der öffentlich Bediensteten nicht aufs Spiel setzen. Gleichzeitig aber setzen die wirtschaftliche Situation und die öffentliche Kritik der Regierung engere Rahmenbedingungen. (SCMP, 1., 20., 24.8., 14., 24.9.05) -gs-

44 Besorgnis über unhygienische Lebensmittel aus China

China ist Hauptlieferant für zahlreiche Lebensmittel nach Hongkong. Spätestens seit dem verspäteten Bekanntwerden von SARS 2003 ist die Hongkonger Bevölkerung daher stets sehr beunruhigt bei Meldungen über unzureichende Lebensmittelhygiene in China. So stoppten zwei große Supermarktketten (PAR-KnSHOP und Wellcome), die mehr als 440 Märkte in Hongkong betreiben, im Juli den Verkauf gefrorenen Schweinefleisches aus Sichuan bzw. ganz China, als dort Bauern mysteriöserweise an Schweinepest erkrankten und starben. Das Gesundheitsministerium beschwerte sich sogar offiziell, als es zu spät von einer Rückholaktion von Schweinefleisch in der angrenzenden Stadt Shenzhen unterrichtet wurde, die ebenfalls mit der Schweinepest in Verbindung stand.

Erneute Unruhe brachten Analysen von Frischfisch (80% der Versorgung erfolgt durch die VR China), die dort Malachite Green nachwiesen, ein Mittel, das chinesische Züchter gegen Parasiten und Pilzvergiftungen einsetzen und das als Krebs fördernd gilt. Ein chinesischer Inspektionsbeamter in Beijing versicherte daraufhin, er könne garantieren, das nach Hongkong verkaufte Lebensmittel sicher seien. Allerdings könne er nicht ausschließen, dass kriminelle Elemente Produkte unter Standard nach Hongkong schmuggelten.

Dass die Probleme damit nicht vom Tisch waren, wurde deutlich, als der Hongkonger Gesundheitsminister Chow Yat-ngok am 23. August kurzfristig nach Beijing flog, um dort mit zweien seiner Beamten zusammenzutreffen, die bereits zu Verhandlungen in der Hauptstadt waren. Die Vorfälle, erklärte Regierungschef Tsang, gäben Gelegenheit, generell über bessere Mechanismen zur Lebensmittelsicherheit zu sprechen. Die Benachrichtigungen sollten direkt aus den Provinzen und nicht über Beijing kommen.

Für sich sprach auch, dass Beijing die Fischlieferungen an Hongkong zugleich um 60% reduzierte. Außerdem schickten Festlandbeamte eine Liste mit 18 sicheren Fischfarmen in der Provinz Guangdong. Dies verstärkte aber nach Recherchen der Hongkonger Zeitung *Ming Pao* nur die Besorgnisse: Nachdem sie die Anschriften der Farmen ausfindig gemacht hatte, stellte sie fest, dass einige nie oder nicht mehr existierten, bei anderen die Teiche ausgetrocknet waren und noch andere im laufenden Jahr gar nicht inspiziert worden waren. (ST, 25.7.05; WSJ, 19., 22., 23., 30.8.05; SCMP, 23.8.05; XNA, 19.8.05) -gs-

45 Hongkonger Arbeit in China wird teurer

Nach chinesischen Statistiken arbeiteten im Jahre 2003 ca. 230.000 Hongkonger sowie über eine Million Taiwaner ganztags in China. Ihre Arbeit dürfte ab dem 1. Oktober d.J. teurer werden, da sie ab diesem Zeitpunkt gezwungen sind, bei einer Beschäftigung von länger als drei Monaten in die Sozialversicherungsfonds einzuzahlen. Diese neue Regel wurde im Juni nach dem Besuch der taiwanischen Oppositionspolitiker von der Guomindang und der People First Party bekannt gegeben; sie soll die Beschäftigung von Taiwanern auf dem Festland erleichtern. Wenn die Umsetzungsbestimmungen auch noch nicht im Detail ausgearbeitet sind, so ist doch klar, dass es ohne besondere Abmachungen mit Hongkong z.B. keine Ausnahmen geben wird und dass die Berechnung auf der Basis des jeweiligen Lohns erfolgt. Dabei ist die Höchstzahlung bei dem dreifachen durchschnittlichen Monatsgehalt in einer Stadt begrenzt. In Beijing z.B. hieße dies, dass die maximale Grundsumme bei 7.087 Yuan liegt, wovon 32,7% oder 2.317 Yuan vom Arbeitgeber an die Sozialversicherung zu zahlen wären; der Arbeitnehmer hätte dann 747 Yuan zu zahlen. Hongkonger und taiwanische Geschäftsleute drückten ihre Besorgnis über die neuen Bestimmungen aus und bezweifelten,

dass viele Arbeitnehmer in den Genuss der späteren Versicherungszahlungen kommen, da sie nicht in der VR China bleiben werden. Sie werden daher auch als verdeckte Steuerzahlung bezeichnet. (SCMP, 5.8.05) -gs-

46 Anstieg der Studenten aus China

Die Zahl der Studenten aus China, die sich in Hongkong um Studienplätze bewerben, steigt in großen Sprüngen und ist im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr teilweise vier Mal so hoch. Fast 5.000 sollen sich an der University of Hong Kong beworben haben, 1.400 an der Baptist University und 3.000 an der Hong Kong University of Science and Technology (HKUST). Allerdings wurde von ihnen nur ein Bruchteil, nämlich rund 1.000 Studenten aus 17 Provinzen angenommen, da das University General Committee den Hochschulen nur erlaubt (und das auch erst seit 2002), 10% ihrer Studienplätze an ausländische Studenten zu vergeben. Diese Regelung wurde vom Vizepräsidenten der HKUST, Prof. Pong Ting-chuen, kritisiert. Die Universität konnte von 3.000 Bewerbern nur 170 annehmen (3 mehr als im Vorjahr), obwohl deren Qualität ständig steigt. Jeder vierte Bewerber, so Prof. Pong, würde in der Joint Entrance Examination einen Punktestand erreichen, der ihn auch zu einem Studium an den renommierten Institutionen Qinghua-Universität und Beijing-Universität berechtigt. Auch die hohen Gebühren würden die Bewerber vom Festland nicht abschrecken. Pong forderte daher eine Erhöhung der Quote auf 25%, davon 15% für Festländer und 10% für Auslandschinesen. (SCMP, 2., 11.8.05) -gs-

SVR Macau

Liu Jen-Kai

47 Wahlen zur Legislativversammlung

Am 25. September fand die Wahl zur 3. Legislativversammlung (Legislative Council, LegCo) der SVR Macau statt. Die neue Legislativversammlung besteht aus 29 Mitgliedern. Im Unterschied zum vorherigen LegCo wurden jetzt in Einklang mit Macaus *Basic Law* zwölf statt zehn Kandidaten direkt gewählt. Die Zahl der indirekt Gewählten blieb bei zehn, die der vom Regierungschef ernannten Mitglieder bei sieben. Die Zahl der registrierten Wähler nahm im Vergleich zur letzten Wahl 2001 um 60.840 (= 38%) auf 220.653 zu (ein neuer Rekord), das ist fast die Hälfte der Bevölkerung Macaus. 128.830 Personen (= 58,4% der registrierten Wähler, ein Plus von 6% gegenüber 2001) gingen zu den über 200 Wahlstationen. 124.898 gültige Stimmen wurden abgegeben. Bei den Wahlen gibt es keine individuellen Kandidaten, sondern nur Listenwahl von Gruppen. Anders als in Hongkong kennt Macau keine Parteien, sondern nur staatsbürgerliche Vereinigungen, die als De-facto-Parteien fungieren. Bei der Direktwahl stritten 125 Kandidaten von 18 gesellschaftlichen Gruppen (2001 waren es 96 Kandidaten auf 15 Listen) um die 12 Sitze. Diese Wahl war eine „junge Wahl“: Von den 125 Kandidaten waren 54 unter 45 Jahre alt, und bei den über 60.000 neu registrierten Wählern war über ein Viertel zwischen 18 und 24 Jahre alt. Am 10. September hatten die Kandidaten mit ihrem Wahlkampf begonnen. Nach den Wahlvorschriften darf ein Kandidat während seines zweiwöchigen Wahlkampfes maximal 4,3 Mio. MPtc ausgeben. Die Regierung bemühte sich um eine „saubere Wahl“, doch musste die Antikorruptionskommission verschiedentlich gegen Fälle von Stimmenkauf vorgehen. In einem Fall,

bei dem drei Tochtergesellschaften eines Unternehmens involviert waren, dessen Geschäftsführer Kandidat bei den Wahlen war, wurden 485 Personen festgenommen. Registrierte Wähler hatten für den Verkauf ihrer Wahlausweise 500 MPtc bekommen.

Das endgültige Wahlergebnis wurde am 28. September verkündet. Danach war die Association for New Democratic Macau, die von dem Demokratieaktivisten Antonio Ng Kuok Cheong angeführt wird, der Sieger bei der Direktwahl. Mit 18,81% lagen die Demokraten vor der United Citizens Association of Macau (angeführt von Chan Meng Kam, Betreiber des Kasinohotels Golden Dragon) mit 16,57%. Ng Kuok Cheong lag mit 23.489 Stimmen auf Platz 1, sein Mitstreiter Au Kam San auf Platz 5. Wie Ng und Au wieder gewählt wurden David Chow, der zusammen mit Kasinokönig Stanley Ho den Themenpark „Fisherman's Wharf“ baut, Leong Heng Teng und Iong Weng Ian von der Macau Neighborhood Association sowie die Gewerkschaftlerinnen Kuan Tsui Hang und Leong Iok Wa. Fong Chi Keong, der jetzt direkt gewählt wurde, war 2001 über die indirekten Wahlen in den LegCo gelangt. Neuling ist José Maria Pereira Coutinho, Führer der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Stanley Hos vierte und jetzige Frau Angela Leong On Kei, die „Kasinkönigin“, schaffte es mit der teuersten und professionellsten Kampagne (Symbol war die Sonnenblume) in der Geschichte der LegCo-Wahlen auf Platz 6 bei der Direktwahl. Sie ist bereits eine Delegierte bei der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes in Macaus Nachbarstadt Zhuhai. Auch Kasinobetreiber Chan Meng Kam und sein Mitstreiter Ung Choi Kun schafften den Sprung in den LegCo.

Wähler in Macau gelten als sehr pragmatisch. „They know that even if they make a lot of noise about certain candidates on moral grounds, nothing is going to change“, stellt Prof. Yu von der Universität Macau fest. Statt genau zu prüfen, wie wohlhabende Kandidaten auf der